



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

Senat und Verbände unterzeichnen Bündnis für Wohnungsneubau

02.07.2014 Fachinformation

Nachdem der Senat am 26. Juni bereits mit den Berliner Bezirken ein Bündnis zum Wohnungsneubau unterzeichnet hatte, kam am 2. Juli ein solches Bündnis nun auch mit den Wohnungs- und Bauwirtschaftlichen Verbänden Berlins und Brandenburgs zustande. Sein Ziel ist es, den Wohnungsneubau aktiv zu unterstützen und eine nachfrage- und bedarfsgerechte Wohnraumversorgung für alle Berliner Haushalte zu gewährleisten. Die Vereinbarung wurde von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, dem BBU und dem BFW sowie von den Unterstützern Bauindustrie Berlin-Brandenburg, Fachgemeinschaft Bau Berlin-Brandenburg, IHK und

Mit dem Bündnis wollen die Beteiligten gemeinsam Sorge für die Schaffung von Rahmenbedingungen tragen, die gesamtstädtisch bis zum Jahr 2025 den Bau von mindestens 10.000 neuen Wohnungen jährlich ermöglichen. Wohnungsneubauvorhaben stehen dabei stets im Kontext einer städtebaulichen Gesamtentwicklung.

Senator Michael Müller: „Neben einer sozial ausgewogenen Mietenpolitik für den Bestand braucht Berlin vor allem Wohnungsneubau, um die Versorgung der wachsenden Stadt mit bezahlbarem Wohnraum sicherzustellen. Mit unseren Partnern haben wir jetzt gemeinsame Verabredungen getroffen, um mehr Wohnungsbau und insbesondere bezahlbaren Wohnraum in Berlin zu schaffen. Der Senat setzt auf einen fairen Interessenausgleich, Kooperation und einen ständigen Dialog. 10.000 neue Wohnungen zu bauen ist eine Aufgabe und auch Verantwortung, die nur gemeinsam zu bewältigen ist.“

BBU-Vorstand Maren Kern wertete das Verbändebündnis als einen weiteren wichtigen wohnungspolitischen Schritt hin zu dem gemeinsamen Ziel, Berlin auch in Zukunft die Bewältigung seines Wachstums zu ermöglichen: „Schon jetzt leisten unsere Mitgliedsunternehmen dazu einen zentralen Beitrag, indem sie die Berlinerinnen und Berlin sowohl im Bestand als auch im Neubau mit bezahlbarem und gutem Wohnraum versorgen. Wir erwarten uns von dem Verbändebündnis eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für mehr Neubau in der Stadt, insbesondere mit Blick auf Bauplanungsverfahren und die Liegenschaftspolitik. Das ist die Grundlage, die unsere Mitgliedsunternehmen für noch mehr Neubau brauchen.“

Mit dem Bündnis bekennen sich die Vertragsparteien zu den gesamtstädtischen Zielen und Mitteln des Stadtentwicklungsplans Wohnen (StEP Wohnen), der die quantitativen und qualitativen Herausforderungen an den Wohnungsneubau beschreibt. Der StEP Wohnen erwartet zwischen 2012 und 2025 eine Zunahme der Bevölkerung um rund 239.000 Einwohner. Das daraus resultierende Wachstum der Haushaltszahlen erfordert im gleichen Zeitraum ein Neubauvolumen von etwa 137.000 Wohnungen. Das entspricht einer Neubauleistung von etwa 10.000 Wohnungen pro Jahr.

